


Niederschrift der weiterführende Sondersitzung des Stadtrates am 29.04.2021

Sitzungsort:	Thüringenhalle, Werner-Seelenbinder-Straße 2, 99096 Erfurt
Beginn:	17:01 Uhr
Ende:	18:55 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Stadtratsvorsitzender:	Herr Panse
Schriftführer:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung durch den Oberbürgermeister	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
7.	Entscheidungsvorlagen	
7.34.	Notunterkünfte für die Bewohner der Alten Parteischule sichern Einr.: Fraktion AfD	2503/20
7.34.1.	Antrag der Fraktion AfD zur Drucksache 2503/20 - Notunterkünfte für die Bewohner der Alten Parteischule sichern	0127/21
7.35.	Förderung von privaten Kleinkläranlagen mit vollbiologischer Reinigungsstufe ("Sächsisches Modell") Einr.: Fraktion CDU	2542/20

7.35.1.	Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 2542/20 - Förderung von privaten Kleinkläranlagen mit vollbiologischer Reinigungsstufe ("Sächsisches Modell")	0720/21
7.36.	Anpassung der Härtefallregelung bei der grundstücksbezogenen Abwasserentsorgung (Grundstücke mit abflusslosen Gruben) Einr.: Fraktion CDU	2543/20
7.37.	Toilettenanlage Ecke Theaterplatz und Brühlerwallstraße öffentlich zugänglich machen Einr.: Fraktion AfD	0009/21
7.38.	Betretungsverbot städtischer Einrichtungen bei mutwilliger Sachbeschädigung Einr.: Fraktion AfD	0017/21
7.38.1.	Antrag der Fraktion AfD zur Drucksache 0017/21 - Betretungsverbot städtischer Einrichtungen bei mutwilliger Sachbeschädigung	0231/21
7.39.	Digital den Lieferverkehr in der Erfurter Innenstadt verbessern Einr.: Fraktion AfD	0028/21
7.40.	Informationspflicht personelle Situation der Ämter Einr.: Fraktion Mehrwertstadt Erfurt	0048/21
7.40.1.	Antrag der Fraktion AfD zur Drucksache 0048/21 - Informationspflicht personelle Situation der Ämter	0712/21
7.42.	Verbesserung des Personalmanagements Einr.: Fraktion AfD	0067/21
7.44.	Beibehaltung der Puffbohnen in Hellblau und Hellrosa für Neugeborene Einr.: Fraktion AfD	0181/21
7.45.	Sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder an Erfurter Schulen Einr.: Fraktion CDU, Fraktion SPD, Fraktion DIE LINKE., Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, Fraktion FREIE WÄHLER / PIRATEN, Fraktion FDP	0202/21

7.46.	Kommunalen Winterdienst verbessern Einr.: Fraktion AfD	0208/21
7.47.	Abbiegeassistenten für Erfurter LKW Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	0261/21
7.48.	WLAN und Apps für Erfurter Museen Einr.: Fraktion SPD	0305/21
7.49.	Die dritte Schuld - das Schweigen muss enden - wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte des Bundesarbeitsgerichtes Einr.: Fraktion DIE LINKE., Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, Fraktion FREIE WÄHLER / PIRATEN	0322/21
7.49.1.	Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache 0322/21 - Die dritte Schuld - das Schweigen muss enden - wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte des Bundesarbeitsgerichtes	0463/21
7.50.	Nutzung des Erfurter Stadtgartens für den Zeitraum der BUGA 2021 Einr. Fraktion AfD	0326/21
7.51.	Beendigung der exklusiven Merchandising-Partnerschaft zwischen der BUGA Erfurt 2021 gGmbH und der Funke Medien Thüringen Einr.: Fraktion AfD	0374/21
7.52.	Beanstandung des Beschlusses zur Drucksache 0499/21 - Beschlusspunkt 02 Einr.: Oberbürgermeister	0609/21
8.	Informationen	
8.1.	BUGA 2021 - Folgekostenkalkulation für BUGA-Projekte (1. Nachtragshaushaltssatzung 2020 und 1. Nachtragshaushaltsplan 2020 sowie Anpassung der Finanzplanung 2020 - 2023 - Beschluss Nr.: 2569/19) Einr.: Oberbürgermeister	1787/20
8.2.	Sonstige Informationen	

I. Öffentlicher Teil

**Drucksachen-
Nummer**

1. Eröffnung durch den Oberbürgermeister

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke, eröffnete die weiterführende 18. Sitzung des Erfurter Stadtrates in der Wahlperiode 2019 – 2024 und begrüßte alle Stadtratsmitglieder, die Beigeordneten, Ortsteilbürgermeisterinnen und Ortsteilbürgermeister, Pressevertreter und Gäste.

Anschließend übergab die Bürgermeisterin die Sitzungsleitung an den Stadtratsvorsitzenden, Herrn Panse.

Herr Panse erklärte, dass gemäß der Geschäftsordnung die Aufzeichnung der Stadtratsitzungen im Internet als Live-Stream und eine Speicherung der Daten bis zur nächst folgenden Stadtratsitzung durch die Mediengruppe Thüringen bzw. des durch sie beauftragten technischen Dienstleisters erfolgt. Schriftlich lag kein Widerspruch gegen die Aufzeichnung von Redebeiträgen von Stadtratsmitgliedern oder geladenen Dritten vor. Anschließend fragte er ob jemand der Aufzeichnung, soweit der Redebeitrag vom Redepult aus erfolgt, widerspricht. Dies war nicht der Fall, weswegen er mit dem Hinweis fortfuhr, dass die Liste der grundsätzlich genehmigten im Bereich Medien tätigen Personen gemäß § 19 (8) der Geschäftsordnung in den Fraktionsgeschäftsstellen und der Abteilung Presse und Öffentlichkeitsarbeit zur Einsichtnahme für die Sitzungsteilnehmer ausliegt.

Anschließend ging er auf das Merkblatt für die Durchführung der Sitzung unter Pandemiebedingungen ein, welches die Stadtratsmitglieder mit ihrer Einladung erhielten. Er wies darauf hin, dass die Bestimmungen der Thüringer SARS-CoV-2-Verordnung in der jeweils gültigen Fassung und die auf dem Hinweisblatt, welches auch aushängt und ausliegt, benannten und zu beachtenden Maßnahmen gelten. Damit waren die Teilnehmenden der Sitzung verpflichtet, während der gesamten Sitzung eine qualifizierte Gesichtsmaske, auch am Sitzplatz und während des Redebeitrages, zu tragen. Von der Verpflichtung war befreit, wer in geeigneter Weise glaubhaft machen konnte, dass die Verwendung einer Mund-Nasen-Bedeckung wegen einer Behinderung oder aus gesundheitlichen Gründen nicht möglich oder zumutbar war. Nach jeder Stunde Sitzungszeit wird eine 10-minütige Lüftungspause durchgeführt.

Weiterhin stellte der Stadtratsvorsitzende fest, dass die Einladung form- und fristgemäß nach § 35 (2) ThürKO erfolgte und zum Zeitpunkt der Eröffnung 31 Stadtratsmitglieder anwesend waren und der Stadtrat nach § 36 (1) ThürKO beschlussfähig war.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte, dass die am Vortag beschlossene Tagesordnung galt.

Zusätzlich hatte die Fraktion AfD den Tagesordnungspunkt 7.39 – Drucksache 0028/21 – Digital den Lieferverkehr in der Erfurter Innenstadt verbessern vertagt.

Auf die Frage, ob es weitere Anträge zur Änderung der Tagesordnung gibt, meldete sich Frau Maurer, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE., und verkündete die Vertagung des Tagesordnungspunktes 7.49 – Drucksache 0322/21 – Die dritte Schuld – das Schweigen muss enden – wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte des Bundesarbeitsgerichtes.

Weitere Änderungen gab es nicht, weshalb man einvernehmlich mit der geänderten Tagesordnung fortfuhr.

7. Entscheidungsvorlagen

7.34. Notunterkünfte für die Bewohner der Alten Parteischule 2503/20 sichern Einr.: Fraktion AfD

Herr Panse, Stadtratsvorsitzender, informierte darüber, dass ein Antrag der Fraktion AfD in der Drucksache 0127/21 vorlag. Dieser ergänzte die Drucksache um einen weiteren Beschlusspunkt 03.

Im Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung am 24.02.2021 wurde die Drucksache in Fassung des Änderungsantrages (DS 0127/21) abgelehnt (Ja 1 Nein 8 Enthaltung 1 Befangen 0)

Die Stellungnahmen der Verwaltung lagen den Fraktionen vor.

Da es keine Wortmeldungen gab ließ Herr Panse über die Drucksache in Fassung des Antrages der Fraktion AfD in Drucksache 0127/21 abstimmen.

abgelehnt Ja 4 Nein 28 Enthaltung 0 Befangen 0

7.34.1. Antrag der Fraktion AfD zur Drucksache 2503/20 - Notunterkünfte für die Bewohner der Alten Parteischule sichern 0127/21

abgelehnt Ja 4 Nein 28 Enthaltung 0 Befangen 0

7.35. Förderung von privaten Kleinkläranlagen mit vollbiologischer Reinigungsstufe ("Sächsisches Modell") 2542/20 Einr.: Fraktion CDU

Einleitend informierte der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, dass die beiden Tagesordnungspunkte 7.35 und 7.36, wie unter Tagesordnungspunkt 3 der Sitzung vom Vortag festgelegt, gemeinsam behandelt, aber getrennt abgestimmt werden.

Zu dem Tagesordnungspunkt 7.35 informierte er, dass der Werkausschuss Entwässerungsbetrieb die Drucksache 2542/20 am 19.04.2021 mit Änderungen in Fassung der Stellungnahme der Verwaltung bestätigte (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0).

Zu der Drucksache 2542/20 lag ein Antrag der Fraktion CDU in Drucksache 0720/21 vor. Diese ersetzte Titel und Beschlusstext komplett. Der Beschlusstext entsprach der Stellungnahme der Verwaltung zu der Ursprungsdrucksache, weswegen eine Vorberatung nicht notwendig war. Bei Zustimmung der Drucksache 0720/21 wäre daher eine Abstimmung der Ursprungsdrucksache entfallen.

Die Fraktion SPD kündigte vorab einen Antrag auf Verweisung der Drucksache in den Werkausschuss Entwässerungsbetrieb an.

Anschließend informierte Herr Panse zum Tagesordnungspunkt 7.36, dass der Ausschuss für Finanzen, Rechnungsprüfung und Vergaben die Drucksache 2543/20 am 06.01.2021 bestätigt (Ja 4 Nein 3 Enthaltung 4 Befangen 0) und der Werkausschuss Entwässerungsbetrieb diese am 13.01.2021 abgelehnt (Ja 5 Nein 6 Enthaltung 3 Befangen 0) hat.

Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen vor.

Herr Panse eröffnete die Beratung beider Tagesordnungspunkte und übergab das Wort.

Herr Hose, Vorsitzender der Fraktion CDU, erklärte die Intention beider Anträge. In der Landeshauptstadt gibt es einige Regionen, welche nicht an die städtische Kanalisation angeschlossen werden können, manche sogar noch nach Jahrzehnten nicht. Die Betroffenen können nichts dafür, sind aber steigenden Gebühren und großer Unsicherheit darüber, wann sie angeschlossen werden, ausgesetzt. Einige der Betroffenen halten sich daher mit der Investition einer vollbiologischen Kläranlage zurück. Man würde hierfür eine Förderung anbieten, hat aber das Problem, dass die Frist von 15 Jahren zwischen Förderung und Anschluss eingehalten werden muss. Da die Stellungnahme der Verwaltung das Problem der Kopplung des Straßenbaus zur Verlegung der Kanalisation auf Einzelfälle angepasst hat, war man bereit sich dieser anzuschließen. Die Frage der Förderung hat man zurückgestellt, bis ein neues Abwasserbeseitigungskonzept (ABK) vorliegt, da dies verdeutlichen wird, dass einige hunderte Haushalte in Erfurt bis in das Jahr 2035 und darüber hinaus nicht angeschlossen werden. Dies würde den Betroffenen ein Zeichen setzen, dass eine Alternative wie z. B. eine Förderung sinnvoll sein kann. Bei der Härtefallregelung möchte man diesen Menschen entgegen kommen, sie etwas trösten. Daher bat er im Namen dieser Bürger um Zustimmung zur Anpassung der Härtefallregelung und zur Aufweichung der Kopplung zwischen Straßen- und Kanalisationsbau.

Herr Stampf, Vorsitzender der Fraktion FREIE WÄHLER / PIRATEN, hinterfragte den Sinneswandel der Stadtverwaltung zur ihrer neuen Stellungnahme zu der Drucksache 0720/21. Eine Förderung einzelner Kleinkläranlagen sei nicht möglich, da man einen Sanierungsanordnung benötigt. Das ABK hat eine gewisse Zeitschiene aufgezeigt, wonach ca. 200 Einwohner betroffen sind, Kleingartenanlagen ausgeschlossen. Zur Drucksache 2543/20 äußerte er, dass dies ein schönes Wahlgeschenk für die Fraktion CDU sei, da diese vor ca. 8 Jahre die Kappungsgrenze durch ihren Antrag von geforderter 100 € auf 200 € pro Person erhöht hatte. Nun die Grenze auf 100 € zu setzen wäre eine Ungleichbehandlung aller, die bei einer 200 €-Grenze lägen. Auf Grund der Haushaltslage und der Gleichbehandlung konnte er der Drucksache 2543/20 nicht zustimmen, zumal es eine freiwillige Leistung ist.

Frau Dr. Faber-Steinfeld, Fraktion SPD, erklärte, dass man auch ohne eine Härtefallregelung die Klärgruben entleeren und eine entsprechende Gebühr verlangen könnte, man sich aber für eine Kappungsgrenze von ursprünglich 300 € geeinigt hat, welche durch den Stadtrat, im September 2019, auf 200 € gesenkt wurde. Daher wird ihre Fraktion einer erneuten Absenkung durch die Drucksache 2543/21 nicht zustimmen, zumal viele Berechtigte keinen

Antrag stellen. Die neue Stellungnahme zum Tagesordnungspunkt 7.35 würde man akzeptieren, entsprechend in deren Fassung zustimmen und von dem angekündigten Verweisungsantrag absehen.

Frau Dr. Glaß, Fraktion DIE LINKE., hatte einige Nachfragen zu dem allgemeinen Thema ABK und zu den beiden Anträgen der Fraktion CDU.

1. Da das ABK bekannter Weise eine Laufzeit von 6 Jahren hat und das aktuelle ABK von 2015 demnach dieses Jahr ausläuft, wollte sie wissen, wie der Stand der Fortschreibung ist.
2. Wie ist der Anschlussgrad der Grundstücke an eine zentrale Abwasserbehandlung und wann wäre ein flächendeckender Anschluss möglich?
3. Inwieweit ist die Senkung der Beiträge durch die Stadt finanzierbar?

Herr Panse verwies darauf, dass Herr Bärwolff, Beigeordnete für Bau, Verkehr und Sport sich die Fragen notiert hat und später beantworten wird.

Herr Hose, war über die Fragen schockiert, wurden sie doch ausführlich im Ausschuss geklärt. Die ABK- Fortschreibung soll dieses Jahr kommen. Laut dem Werkleiter des Entwässerungsbetriebes werden bis 2035 und auch darüber hinaus einige Grundstücke nicht angeschlossen werden. Es geht in der Drucksache 2543/20 nur um die Grundstücke, die über das Jahr 2035 hinaus nicht angeschlossen werden können. Warum die Stadtverwaltung eine neue Stellungnahme eingebracht hat, möchte er auch wissen, beharrt aber auf eine Abstimmung in Fassung des Werkausschusses Entwässerungsbetrieb. Dass seine Fraktion damals eine andere Kappungsgrenze festgelegt hatte räumte er ein und erklärte, dass seine Fraktion dazugelernt hat und den Betroffenen mehr entgegen kommen möchte. Eine Ungleichbehandlung sehe er nicht, da die gleichen Menschen nun einfach eine niedrigere Kappungsgrenze bekommen würden.

Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, erklärte, dass man die Drucksache 2542/20 unterstützen kann, warnt allerdings davor die Drucksache 2543/20 anzunehmen. Dies begründete er mit dem Haushalt und der fehlenden Gerechtigkeit. Es gibt bereits eine Härtefallregelung, die Entsorgungskosten bei 200 € begrenzt, welche oftmals nicht beantragt wird. Wichtiger als die Finanzierung der freiwilligen Leistung wäre es das Anschluss-tempo hoch zu halten. Die freiwilligen Leistungen sollte man lieber bei Sozialstandards verwenden.

Herr Frenzel, Fraktion SPD, bestätigte nochmals den Standpunkt von Frau Dr. Faber-Steinfeld und seiner Fraktion. Zur Härtefallregelung wiederum muss seiner Meinung nach im Werkausschuss Entwässerungsbetrieb nochmals im Zusammenhang mit der Behandlung des ABK diskutiert werden, ob es wirklich 200 Leute oder mehr betrifft. Man sollte die Härtefallregelung lassen wie sie ist, denn so sei sie gut.

Herr Möller, Vorsitzender der Fraktion AfD, begründete vorab, warum seine Fraktion beiden Vorlagen nicht zustimmen kann. Es sei durchaus eine Ungleichbehandlung gegeben, jedoch seien die Anträge „blanke Heuchelei“. Die Fraktion CDU hat die Rechtsetzung in der EU mit zu verantworten, sie hat in der Bundesregierung versagt, diese Ungerechtigkeit aus dem Weg zu schaffen und im Land hat sie versagt einen Ausgleich zu schaffen. Nun, wo das Wahljahr ansteht, da gebe man an, man würde sich um diese Bürger kümmern. Seine Fraktion wäre zwar auch für eine Beseitigung dieser Ungerechtigkeit, allerdings möchte man nicht die Blendung der Wähler durch die CDU bestärken. Man sollte es einheitlich im Land für alle gleichermaßen ausgleichen, nicht nur in Erfurt.

Herr Bärwolff erklärte, dass es eine neue Stellungnahme wegen interner Abstimmungen gegeben hat. Im Grundsatz bleibt man bei dem, was im Stadtrat 2013/2014 beschlossen wurde. Dies waren im Grundsatz die Komplexmaßnahmen – Straßenbau plus Entwässerung und einer Einzelfallentscheidung, was geht und was nicht. Diesen Grundsatz aufzuheben würde bedeuten, die Bindung komplett aufzugeben. Dies würde dazu führen, dass ständig neue Diskussion im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr aufgeworfen werden. Der Einzelfall ist aber auch problematisch, da man durch das Fehlen der Komplexmaßnahmen nur einen Deckenschluss vornehmen könnte, was von den Ortsteilen meist nicht gewollt wird. Zur Frage der Förderung von Neubau bzw. Sanierung von Kleinkläranlagen liegt die Problematik vor, dass der Erfurter Entwässerungsbetrieb ein gebührenfinanzierter Betrieb ist, man daher die Kleinkläranlagen nicht über die Abwasserbeseitigungsgebühr fördern kann.

Das ABK ist durch die Dienstberatung des Oberbürgermeisters zur Beratung an die Ortsteile gegangen. Es wird Bereiche geben, die perspektivisch nicht angeschlossen werden können. Diese wurden im ABK separat ausgewiesen. Als Beispiel nannte er die Siedlergemeinschaft "Nonnenholz" im Steiger, welche in den nächsten 20 Jahren nicht angeschlossen werden kann. Möglicherweise würden in diesen Fällen wasserrechtliche Sanierungsanordnungen der unteren Wasserbehörde erteilt werden, mit dem Hintergrund, vollbiologische Kleinkläranlage zu errichten. Der Anschlussgrad in der Landeshauptstadt, beantwortete er, läge bei 98,7 %. Dabei sei der Großteil, der nicht angeschlossen, überwiegend Kleingartenanlagen. Zur zusätzlichen Härtefallregelung äußerte er, dass es hierfür im Haushalt derzeit kein Geld gäbe.

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, stellte an Herrn Hose die Frage, wie eine Absenkung der Kappungsgrenze und steigenden Preise der Betreiber der eigenen Kläranlagen zusammenpasst?

Herr Hose erklärte, dass für die Menschen, die die Kappungsgrenze nicht erreichen, die Kosten steigen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen mehr gab, informierte Herr Panse nochmals darüber, dass der Verweisungsantrag der Fraktion SPD zurückgezogen wurde. Auf die Frage nach weiteren Anträgen meldete sich Herr Stampf zu Wort.

Herr Stampf stellte den Antrag, dass man die Drucksache in Fassung der neuen Stellungnahme der Verwaltung, d. h. lediglich den vorgeschlagenen Beschlusspunkt 03 mit der Streichung des Wortes "grundsätzlich", abstimmen soll.

Herr Panse wies Herrn Stampf darauf hin, dass der Einreicher eine Abstimmung über die ursprüngliche Fassung erklärt habe

Herr Hose erwiderte, dass man sich im Ausschuss auf eine Fassung verständigt hat und nur wegen einer kurzfristig eingereichten Stellungnahme der Verwaltung nicht davon absehen möchte. Sollte die Abstimmung in Fassung des Ausschusses keine Mehrheit finden, wäre man mit der Abstimmung entsprechend des Vorschlages von Herrn Stampf einverstanden.

Herr Bärwolff beantragte daraufhin namens des Oberbürgermeisters die Abstimmung in Fassung der neuen Stellungnahme der Verwaltung mit der von Herrn Stampf vorgeschlagenen Änderung.

Auf Grund eines Ausfalls der Tonanlage unterbrach Herr Panse die Sitzung und ließ für die Dauer der Unterbrechung lüften. Während der Unterbrechung gab es eine Absprache, in welcher Reihenfolge nun abgestimmt werden soll.

Nach der Unterbrechung verkündete Herr Panse, dass man zunächst über den Antrag der Fraktion CDU in Drucksache 0720/21, d. h. in Fassung des Werkausschusses Entwässerungsbetrieb Erfurt, abstimmt und bei Ablehnung über den Antrag der Fraktion CDU in der Fassung der neuen Stellungnahme der Verwaltung, mit der Streichung des Wortes "grundsätzlich" unter Beschlusspunkt 03, abstimmen lässt.

Herr Pfistner, Fraktion CDU, meldete sich zu Wort und wollte anmerken, dass es nicht das erste Mal sei, dass nach Einigung in einem Ausschuss, es kurz vor einer Stadtratssitzung eine neue Stellungnahme der Verwaltung mit neuen Änderungen gibt. Er fragte daher, ob es sich bei der Stellungnahme um einen Antrag der Stadtverwaltung handle. Er erinnerte daran, dass nicht gewollt wird, dass Fraktionen während einer Stadtratssitzung Änderungsanträge einbringen. Während die Fraktionen sich meist daran gehalten haben, passierte es nun bereits in der zweiten Stadtratssitzung in Folge, dass die Verwaltung kurzfristig geänderte Stellungnahmen eingebracht hat, was er kritisiert.

Herr Bärwolff bekräftigte, dass er den Antrag gestellt habe, in der Fassung der Stellungnahme der Verwaltung abzustimmen. Er räumte ein, dass es ein kurzfristiger Antrag der Stadtverwaltung sei und lobte Besserung bei der Einhaltung der Fristen.

Herr Frenzel erklärte, dass es in dem Ausschuss um die Möglichkeit ging, die grundhafte Straßensanierung und die Sanierung bzw. der Anschluss von einzelnen Grundstücken im Einzelfall getrennt betrachtet zu können. Daher hat er Verständnis für den kurzfristigen Änderungsantrag der Verwaltung. Man möchte am ABK festhalten und im Ausschuss, zuständigen Gremium oder Entwässerungsbetrieb zukünftig entscheiden, wenn man eine Trennung vornimmt.

Abschließend trug Herr Panse nochmals die Abstimmreihenfolge vor und begann anschließend mit der Abstimmung.

Zunächst wurde über den Antrag der Fraktion CDU in Drucksache 0720/21 wie folgt abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	14
Enthaltungen:	5
Befangen:	0

Der Antrag wurde abgelehnt.

Es folgte die Abstimmung des mündlichen Änderungsantrages des Beigeordneten für Bau, Verkehr und Sport zur Drucksache 0720/21 in Fassung der zweiten Stellungnahme der Verwaltung mit der Streichung des Wortes "grundsätzlich".

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 17
Nein-Stimmen: 6
Enthaltungen: 15
Befangen: 0

Der Antrag wurde bestätigt.

Es folgte abschließend die Abstimmung über die Drucksache 2543/20 des Tagesordnungspunktes 7.36.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 6
Nein-Stimmen: 31
Enthaltungen: 1
Befangen: 0

Die Drucksache wurde abgelehnt.

mit Änderungen beschlossen Ja 17 Nein 6 Enthaltung 15 Befangen 0

Beschluss

Der Titel der des Beschlusses erhält folgende Fassung:

"Bindung Kanalbau an Straßenausbau"

Der Stadtrat bekennt sich zur Umsetzung des ABK mit grundhaftem Straßenausbau. In Einzelfällen kann von einer Komplexbaumaßnahme zum grundhaften Straßenausbau abgewichen werden. Die Entscheidung zu jedem Einzelfall ist im zuständigen Ausschuss zu beschließen.

7.35.1. Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 2542/20 - Förderung von privaten Kleinkläranlagen mit vollbiologischer Reinigungsstufe ("Sächsisches Modell") 0720/21

abgelehnt Ja 11 Nein 14 Enthaltung 5 Befangen 0

7.36. Anpassung der Härtefallregelung bei der grundstücksbezogenen Abwasserentsorgung (Grundstücke mit abflusslosen Gruben) 2543/20
Einr.: Fraktion CDU

Siehe Tagesordnungspunkt 7.35.

abgelehnt Ja 6 Nein 31 Enthaltung 1 Befangen 0

**7.37. Toilettenanlage Ecke Theaterplatz und Brühlerwallstraße 0009/21
öffentlich zugänglich machen
Einr.: Fraktion AfD**

Der Stadtratsvorsitzende informierte, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr die Drucksache am 20.01.2021 abgelehnt (Ja 1 Nein 5 Enthaltung 4 Befangen 0) hat.

Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen vor.

Da es keine Wortmeldungen gab ließ Herr Panse über die Drucksache 0009/21 abstimmen.

abgelehnt Ja 5 Nein 28 Enthaltung 5 Befangen 0

**7.38. Betretungsverbot städtischer Einrichtungen bei mutwilliger Sachbeschädigung 0017/21
Einr.: Fraktion AfD**

Einleitend informierte der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, darüber, dass ein Antrag der Fraktion AfD in Drucksache 0231/21 vorlag. Dieser änderte die Beschlusspunkte 02, 03 und ergänzte die Beschlusspunkte 04 und 05.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr hat die Drucksache in der Fassung des Änderungsantrages am 09.03.2021 abgelehnt (Ja 2 Nein 11 Enthaltung 1 Befangen 0).

Die Stellungnahmen der Verwaltung lagen den Fraktionen vor.

Anschließend eröffnete Herr Panse die Beratung und übergab das Wort.

Herr Schlösser, Fraktion AfD, erläuterte den Antrag seiner Fraktion, welcher im Weimarer Stadtrat durch die Fraktion CDU beschlossen wurde. Er ergänzte allerdings, dass man auch Gewalttäter mit einbinden sollte.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, ließ Herr Panse über die Drucksache 0017/21 in Fassung des Antrages der Fraktion AfD in Drucksache 0231/21 abstimmen.

abgelehnt Ja 5 Nein 29 Enthaltung 4 Befangen 0

7.38.1. Antrag der Fraktion AfD zur Drucksache 0017/21 - Betretungsverbot städtischer Einrichtungen bei mutwilliger Sachbeschädigung 0231/21

abgelehnt Ja 5 Nein 29 Enthaltung 4 Befangen 0

- 7.39. Digital den Lieferverkehr in der Erfurter Innenstadt verbessern
Einr.: Fraktion AfD 0028/21

Siehe Tagesordnungspunkt 2.

vertagt

- 7.40. Informationspflicht personelle Situation der Ämter
Einr.: Fraktion Mehrwertstadt Erfurt 0048/21

Einleitend informierte der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, darüber, dass die Drucksache 0048/21 im Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung am 12.04.2021 mit Änderung bestätigt (Ja 4 Nein 2 Enthaltung 3 Befangen 0) wurde, mit folgender mündlichen Ergänzung in Beschlusspunkt 02:

02

Dem Bericht sind folgende **anonymisierte** Angaben beizufügen: Soll-VbE und Ist-VbE, Stand aktuelle Stellenausschreibungen, Angaben zum Krankenstand und sonstige relevanten Anmerkungen.

Es lag ein Antrag der Fraktion AfD in Drucksache 0712/21 vor. Dieser ergänzte die Ursprungsdrucksache um einen neuen Beschlusspunkt 02 und verschob alle anschließenden Beschlusspunkte. Aufgrund fehlender Vorberatung dieser Drucksache entschied der Hauptausschuss, gemäß § 4 Abs. 4 der GeschO, in seiner Sitzung vom 27.04.2021, diese Entscheidungsvorlage zur Beschlussfassung im Stadtrat zuzulassen.

Die Stellungnahmen der Verwaltung lagen den Fraktionen vor.

Frau Rötsch, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, merkte zur Stellungnahme der Verwaltung an, dass man selbstverständlich nicht in die Verantwortung des Oberbürgermeisters eingreifen wollte. Es ging lediglich darum ihm Vorschläge und Anregungen zu unterbreiten. Es ginge nicht darum mehr Geld einzunehmen, sondern darum eine Abarbeitung von Anträgen der Erfurter Bürger zu gewährleisten. Den Antrag der Fraktion AfD lehnt man deshalb ab.

Herr Pfistner, Fraktion CDU, erklärte, dass man im Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung oft über die Stellensituation im Amt für Soziales, dem Gesundheitsamt wie auch in der Ausländerbehörde beraten hat. Dies in Form eines Berichtes vorzulegen ist Inhalt der Entscheidungsvorlage der Fraktion Mehrwertstadt Erfurt. Seine Fraktion wird sich bei der Abstimmung enthalten, da dies Aufgabe des Oberbürgermeisters sei und der Stadtrat nicht zuständig ist. Eine rasche Abarbeitung von Anträgen wurde an einer anderen Stelle bereits beschlossen. Er kritisierte, dass die einzelnen Ämter Verzögerungen in der Abarbeitung haben, da die Anträge bei den Posteingangsbearbeitungen hängen bleiben. Als Ursache nannte er hierfür, dass die Ämter stets nur eine allgemeine Emailadresse anbieten, statt konkret für die einzelnen Sachgebiete. Dies sollte dringend überarbeitet werden um eine Bearbeitung schneller zu ermöglichen.

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, bestätigte die Auffassung von Herrn Pfistner, dass die Zuständigkeit des Stadtrates hier nicht gegeben sei. Man hat allerdings die Möglichkeit sich mit der Situation zu befassen, wenn der Haushalt, der Stellenplan und die Jahresrechnung eingebracht werden. Sie bat daher das Abstimmverhalten gut zu überlegen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab schloss Herr Panse die Beratung und richtete an Frau Rötsch, stellvertretende für die einreichende Fraktion die Frage, ob diese die Änderung aus dem Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung übernimmt.

Frau Rötsch bestätigte dies, zumal die Änderung ihr eigener Vorschlag war.

Anschließend ließ Herr Panse zunächst über den Antrag der Fraktion AfD in Drucksache 0712/21 abstimmen.

Abstimmungsergebnis

Ja Stimmen:	6
Nein Stimmen:	25
Enthaltungen:	5
Befangen:	0

Der Antrag wurde abgelehnt.

Abschließend ließ Herr Panse über die Drucksache 0048/21 in Fassung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung abstimmen.

beschlossen - beanstandet Ja 20 Nein 9 Enthaltung 7 Befangen 0

Beschluss

01

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung einmal im Quartal Bericht über die personelle Situation im Amt für Soziales, im Gesundheitsamt und in der Ausländerbehörde schriftlich zu berichten.

02

Dem Bericht sind folgende anonymisierte Angaben beizufügen: Soll-VbE und Ist-VbE, Stand aktuelle Stellenausschreibungen, Angaben zum Krankenstand und sonstige relevanten Anmerkungen.

03

Die Berichterstattung beginnt im Quartal 02/2021.

7.40.1. Antrag der Fraktion AfD zur Drucksache 0048/21 - Informationspflicht personelle Situation der Ämter 0712/21

abgelehnt Ja 6 Nein 25 Enthaltung 5 Befangen 0

7.42. Verbesserung des Personalmanagements 0067/21
Einr.: Fraktion AfD

Herr Panse informierte darüber, dass der Hauptausschuss am 02.02.2021 zur Drucksache kein Votum abgab.

Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen vor.

Wortmeldungen gab es keine, weshalb Herr Panse über die Drucksache 0067/21 abstimmen ließ.

abgelehnt Ja 6 Nein 30 Enthaltung 0 Befangen 0

7.44. Beibehaltung der Puffbohnen in Hellblau und Hellrosa 0181/21
für Neugeborene
Einr.: Fraktion AfD

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte darüber, dass der Hauptausschuss die Drucksache am 16.03.2021 abgelehnt (Ja 1 Nein 3 Enthaltung 2 Befangen 0) hat.

Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen vor.

Wortmeldungen gab es keine, weshalb Herr Panse über die Drucksache 0181/21 abstimmen ließ.

abgelehnt Ja 6 Nein 25 Enthaltung 5 Befangen 0

7.45. Sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder an Erfurter 0202/21
Schulen
Einr.: Fraktion CDU, Fraktion SPD, Fraktion DIE LINKE.,
Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, Fraktion Mehrwert-
stadt Erfurt, Fraktion FREIE WÄHLER / PIRATEN, Fraktion
FDP

Herr Panse, Stadtratsvorsitzender, informierte darüber, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr in seiner Sitzung vom 20.04.2021 die Drucksache bestätigte (Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen vor.

Anschließend eröffnete er die Beratung und übergab das Wort.

Frau Wahl, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, erklärte, dass der Inhalt der Drucksache vom Schülerparlament stammt. Die Stellungnahme der Verwaltung sollte mit einem niedrigeren Schlüssel bei Stellplatz pro Schüler/-innen korrigiert werden, auch wenn diese nicht zur Abstimmung steht.

Herr Mühlmann, Fraktion AfD, bedankte sich für den Antrag, sah darin allerdings keinen Unterschied zu dem eigenen aus dem Vortag abgestimmten Antrag, welcher abgelehnt wurde.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht, weshalb Herr Panse über die Drucksache 0202/21 abstimmen ließ.

beschlossen Ja 36 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

01

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen Vorschlag zu unterbreiten, wie Fahrräder an den Erfurter Schulen vor Diebstahl, Sachbeschädigung und Rostschäden kostengünstig gesichert werden können.

02

Die Ergebnisse sind dem zuständigen Ausschuss, unter Einbeziehung von Vertretern des Schülerparlamentes bis spätestens Ende des II. Quartals 2021 vorzustellen.

**7.46. Kommunalen Winterdienst verbessern
Einr.: Fraktion AfD**

0208/21

Der Stadtratsvorsitzende informierte darüber, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr die Drucksache am 09.03.2021 abgelehnt (Ja 2 Nein 6 Enthaltung 4 Befangen 0) hat.

Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen vor.

Anschließend eröffnete er die Beratung und übergab das Wort.

Herr Schlösser, Fraktion AfD, erläuterte den Antrag und kritisierte, dass niemand Konsequenzen aus dem „Versagen des Erfurter Winterdienstes“ im Februar dieses Jahres ziehen möchte. Die Aussage, dass man sich auf milde Winter eingestellt hat, darf nicht zu Lasten der Steuerzahler akzeptiert werden.

Die Aussage von Herrn Möller, Vorsitzender der Fraktion AfD, wurde zur Kenntnis genommen.

Herr Pfistner, Fraktion CDU, erklärte, dass die Fraktion AfD dieses Thema nicht alleine behandelt. Man habe bereits umfangreiche Fragen an die Stadtverwaltung gestellt und Antworten erhalten, welche man in den Ausschüssen diskutieren muss. Einem generellen Versagen des Winterdienstes kann er nicht zustimmen. Es gäbe zwar Verbesserungsbedarf, aber ein umfassendes Maßnahmenpaket vorzuschlagen kann er nicht zustimmen, weswegen er ankündigte sich bei der Abstimmung zu enthalten.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht, weshalb Herr Panse über die Drucksache 0208/21 abstimmen ließ.

abgelehnt Ja 6 Nein 23 Enthaltung 7 Befangen 0

7.47. Abbiegeassistenten für Erfurter LKW
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

0261/21

Einleitend informierte der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr die Drucksache am 09.03.2021 mit Änderungen (Einzelabstimmung) wie folgt bestätigte:

- BP 01 abgelehnt (Ja 6 Nein 8 Enthaltung 0 Befangen 0)
- BP 02 abgelehnt (Ja 4 Nein 8 Enthaltung 2 Befangen 0)
- BP 03 bestätigt (Ja 8 Nein 5 Enthaltung 1 Befangen 0)

Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen vor.

Die Fraktion CDU kündigte vor der Sitzung einen Antrag auf Einzelabstimmung der Beschlusspunkte an.

Herr Maicher, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, erklärte, dass es in der Drucksache um die Erhöhung der Sicherheit im Straßenverkehr geht. Er war enttäuscht, dass die Verwaltung in ihrer Stellungnahme nur den finanziellen Aspekt betrachtete, nicht aber den der Sicherheit. Es ginge konkret um sechs LKWs, welche insgesamt mit Kosten zwischen 5 bis 15 TEUR mit einem Abbiegeassistenten ausgerüstet werden könnten. Dies müsse seiner Meinung nach für Menschenleben leistbar sein.

Herr Mühlmann, Fraktion AfD, empfand die Drucksache als sinnvoll, weshalb man Unterstützung ankündigte.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht, weshalb Herr Panse, nach Bestätigung durch den Fraktionsvorsitzenden, zunächst über den Antrag der Fraktion CDU auf Einzelabstimmung abstimmen ließ.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 31
Nein-Stimmen: 2
Enthaltungen: 3

Der Antrag wurde bestätigt, es folgte abschließend die Einzelabstimmung der Beschlusspunkte der Drucksache 0261/21.

Abstimmergebnis:

BP 01 abgelehnt (Ja 14 Nein 20 Enthaltung 2 Befangen 0)
BP 02 abgelehnt (Ja 12 Nein 19 Enthaltung 3 Befangen 0)
BP 03 bestätigt (Ja 35 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0)

mit Änderungen beschlossen Ja 35 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Beschluss

Bei Neuanschaffungen von kommunalen LKW ist der Abbiegeassistent ab sofort Bedingung für einen Kauf.

7.48. WLAN und Apps für Erfurter Museen 0305/21
Einr.: Fraktion SPD

Herr Panse, Stadtratsvorsitzender, informierte darüber, dass der Ausschuss für Bildung und Kultur am 23.03.2021 die Drucksache bestätigt (Ja 6 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0) hat.

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 2, erfolgte die sofortige Abstimmung der Drucksache 0305/21 ohne weitere Wortmeldung.

beschlossen Ja 35 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Beschluss

01

Die Erfurter Museen sind schnellstmöglich mit modernem WLAN und entsprechenden Museums-Apps auszurüsten. Für einen modernen Museumsbetrieb ist beides unverzichtbar.

02

Für die Kosten ist ein Förderprogramm (Breitbandausbaurichtlinie) der Thüringer Aufbau-bank zu nutzen. Es ermöglicht eine bis zu 100% Förderung.

7.49. Die dritte Schuld - das Schweigen muss enden - wissen- 0322/21
schaftliche Aufarbeitung der Geschichte des Bundesar-
beitsgerichtes
Einr.: Fraktion DIE LINKE., Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE
GRÜNEN, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, Fraktion FREIE
WÄHLER / PIRATEN

Siehe Tagesordnungspunkt 2.
vertagt

7.49.1. Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache 0322/21 - Die 0463/21
dritte Schuld - das Schweigen muss enden - wissen-
schaftliche Aufarbeitung der Geschichte des Bundesarbeits-
gerichtes

vertagt

7.50. Nutzung des Erfurter Stadtgartens für den Zeitraum der 0326/21
BUGA 2021
Einr. Fraktion AfD

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte darüber, dass der Stadtrat die Drucksache in seiner Sitzung vom 17.03.2021 in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt,

Klimaschutz und Verkehr verwiesen hat, welcher diese in am 20.04.2021 abgelehnt (Ja 2 Nein 10 Enthaltung 1 Befangen 0) hat.

Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen vor.

Da es keine Wortmeldungen gab, ließ Herr Panse über die Drucksache abstimmen.

abgelehnt Ja 5 Nein 31 Enthaltung 0 Befangen 0

**7.51. Beendigung der exklusiven Merchandising-Partnerschaft 0374/21
zwischen der BUGA Erfurt 2021 gGmbH und der Funke
Medien Thüringen
Einr.: Fraktion AfD**

Herr Panse, Stadtratsvorsitzender, informierte darüber, dass der Stadtrat die Drucksache am 17.03.2021 in den Ausschuss zur Ausschuss zur Vorbereitung, Begleitung und Nachbereitung der Bundesgartenschau 2021 in Erfurt verwiesen hat, welcher diese in seiner Sitzung vom 26.04.2021 ablehnte (Ja 1 Nein 10 Enthaltung 0 Befangen 0).

Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen vor.

Herr Schlösser, Fraktion AfD, erläutert den eingebrachten Antrag, kritisierte dabei die Monopolisierung der FUNKE Mediengruppe bei Tageszeitungen, deren Postzustelldienst, die Schließung des Druckzentrums in Erfurt und nun die exklusive Merchandising-Partnerschaft mit der BUGA. Dies stelle ein Schlag in das Gesicht der Erfurter Gewerbetreibenden dar, weshalb er um Zustimmung bat.

Herr Panse erinnerte daran, dass man in der Buchhandlung Peterknecht ebenfalls BUGA-Produkte erwerben kann. Anschließend schloss er, da es keine weiteren Wortmeldungen gab die Beratung und ließ über die Drucksache abstimmen.

abgelehnt Ja 6 Nein 30 Enthaltung 0 Befangen 0

**7.52. Beanstandung des Beschlusses zur Drucksache 0499/21- 0609/21
Beschlusspunkt 02
Einr.: Oberbürgermeister**

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte darüber, dass der Hauptausschuss die Drucksache in seiner Sitzung vom 13.04.2021 bestätigt (Ja 2 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0) hat.

Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen vor.

Herr Stassny, Fraktion FREIE WÄHLER / PIRTATEN, bedauerte die Beanstandung des Beschlusses zur Drucksache 0499/21. Er hätte sich von der Verwaltung Vorschläge oder Kompromisse erhofft, statt einer reinen Ablehnung. Daher brachte er einen neuen Änderungsantrag ein, welcher lautete:

"Die Stadtverwaltung setzt den Beschlusspunkte 02 der Drucksache 0499/21 im Rahmen der vorgeschriebenen Mindestbreite von 1,50m um. Die in der Stellungnahme genannte Handlungsrichtlinie wird in dem Punkt der Befristung ausgesetzt bzw. deren Anwendung wird für diesen Punkt ausgesetzt."

Anschließend bat er alle Stadtratsmitglieder darum, die Beanstandung abzulehnen und die Stadtverwaltung aufzufordern den beanstandeten Beschlusspunkt umzusetzen.

Herr Panse bat darum, dass Herr Stassny seine Formulierung noch einmal vor der Abstimmung vortragen und im Anschluss dem Sitzungsdienst schriftlich zur Verfügung stellen solle. Anschließend übergab er das Wort an Herrn Hose.

Herr Hose, Vorsitzender der Fraktion CDU, bat die Verwaltung zu prüfen, ob es rechtlich zulässig ist, Änderungsanträge innerhalb der Sitzung des Stadtrates zu stellen. Die Geschäftsordnung sehe es vor, dass Änderungsanträge fristgerecht eingereicht oder durch den Hauptausschuss bzw. Stadtrat im Einzelfall zugelassen werden müssen. Da dies nicht geschah, bat er um Klärung, auch in Hinblick einer Beanstandung bei Beschluss eines solchen Änderungsantrages. Dies habe den Hintergrund, dass Debatten im Stadtrat sonst unberechenbar werden und gegebenenfalls Beschlüsse zustande kommen, die so nicht gewollt waren. Den Inhalt des Änderungsantrages unterstützte er, nur nicht die Art und Weise, wie er eingebracht wurde.

Herr Panse bat darum dies im Protokoll aufzunehmen, damit die Verwaltung entsprechendes prüfen kann. Er fragte die Verwaltung, ob zu dem soeben eingebrachten mündlichen Änderungsantrag eine Stellungnahme erfolgen kann.

Frau Hofmann-Domke, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, antwortete, dass auf die Schnelle keine Stellungnahme erfolgen kann, eine Prüfung aber erfolgen wird. Der Beschluss, so wie er gefasst wurde, ist nicht umsetzbar. Auch wenn die Art dieser Umsetzung der Beanstandung unglücklich war, so sendete sie dennoch ein klares Signal an die Gewerbetreibenden, dass Satzungsrecht Vorrang hat.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, schlug Herr Panse vor zunächst über den eingereichten Änderungsantrag der Fraktion FREIEN WÄHLER / PIRATEN, welcher durch Herr Stassny eingereicht wurde, abzustimmen. Dieser würde den Beschlusspunkt der Drucksache ersetzen. Bei Ablehnung sollte über die Drucksache abgestimmt werden. Er bat Herrn Stassny um erneutes Verlesen seines Änderungsantrages.

Nachdem Herr Stassny seinen Antrag vorgelesen hat, signalisierte Frau Hofmann-Domke, dass dies nicht auf die Stellungnahme der Verwaltung abgestellt werden kann. Daher erläuterte er zu seinen Antrag wie folgt:

"Die Handlungsrichtlinie heißt „Handlungsrichtlinie für die Erteilung von gewerberechtlichen Sondernutzungserlaubnissen in einem Teilgebiet der Landeshauptstadt Erfurt“, wonach für ein Ladengeschäft im Regelfall ein Werbeaufsteller nur befristet zulässig ist. Diese Befristung soll ausgesetzt werden."

Herr Dr. Poppenhäger, Fraktion SPD, wies formal darauf hin, dass eine Art „Ping-Pong-Spiel“ mit der Verwaltung in Gang gesetzt wird. Ob dies Zielführend und nach der Geschäftsordnung zulässig ist, sollte geprüft werden.

Herr Panse erinnerte daran, dass diese Prüfung bereits aufgenommen wurde.

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, fragte, ob man nicht erst einmal die Satzung anpassen sollte, zumal man durch die hohen Inzidenzzahlen genug Zeit für eine Überarbeitung hätte.

Herr Panse erklärte, dass dies möglich wäre, wenn die Verwaltung die Beanstandung zurückstellen und darüber diskutieren würde.

Herr Stassny wollte nichts verkomplizieren, zog seinen Änderungsantrag zurück und bat dennoch um Ablehnung der Drucksache. Anfang der folgenden Woche wollte er sich bei dem zuständigen Beigeordneten melden, um einen Termin zu finden, mit dem Ziel, dass der Beschlussinhalt auf einen rechtlich sicheren Weg gebracht werden kann.

Herr Panse bedankte sich für das Entgegenkommen, hielt aber an der Forderung auf Aufklärung seitens der Stadtverwaltung, in Bezug auf während der Sitzung eingebrachte Änderungsanträge, fest. Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, schloss er die Beratung und ließ über die Drucksache abstimmen.

Drucksache 0790/21	Auf Anregung des Stadtratsvorsitzenden wird um eine rechtliche Bewertung gebeten, ob und in welcher Form im Verlauf einer Sitzung (des Stadtrates bzw. der Ausschüsse) unter Beachtung der Regelungen der Geschäftsordnung weitere inhaltliche Anträge zu Entscheidungsvorlagen gestellt und dann im Rahmen der Beschlussfassung berücksichtigt werden können. V: Leiterin Bereich OB T: Stellungnahme möglichst vor der nächsten Stadtratssitzung
-----------------------	--

abgelehnt Ja 2 Nein 10 Enthaltung 24 Befangen 0

8. Informationen

- 8.1. BUGA 2021 - Folgekostenkalkulation für BUGA-Projekte 1787/20**
(1. Nachtragshaushaltssatzung 2020 und 1. Nachtrags-
haushaltsplan 2020 sowie Anpassung der Finanzplanung
2020 - 2023 - Beschluss Nr.: 2569/19)
Einr.: Oberbürgermeister

Herr Panse, Stadtratsvorsitzender, informierte darüber, dass der Ausschuss zur Vorbereitung, Begleitung und Nachbereitung der Bundesgartenschau 2021 in Erfurt die Drucksache in seiner Sitzung vom 05.01.2021 zur Kenntnis genommen hat.

Da es keine Wortmeldungen gab, schloss Herr Panse den Tagesordnungspunkt.

zur Kenntnis genommen

8.2. Sonstige Informationen

Da es keine weiteren Informationen gab, beendete der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse den öffentlichen Teil der weiterführenden Sitzung und stellte die Nichtöffentlichkeit her.

gez. Panse
Stadtratsvorsitzender

gez. 
Schriftführer